

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

ersch. täglich
mit Ausnahme der
Sommer- und Festtage.

Preis vierteljährlich
hier mit Trägerlohn
Mk. 2.10, im Bezirke
und 10-Km-Verkehr
Mk. 2.10, im übrigen
Württemberg Mk. 2.20
Monats-Abonnements
nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr
für die einspalt. Zeile aus
gewöhnl. Schrift oder
deren Raum bei einzeln!
Einrückung 15 Hfr.
bei mehrmaliger
entsprechend Rabatt.

Verlagsort Nagold.
Postfach Nr. 11
4113 Stuttgart.

Nr. 14

Doppel-Nummer.

Samstag, den 18. Januar

1919.

Liebknichts Ende.

S. „Mit Liebknicht steht und fällt die Spartakus-Bewegung“ schreibt die „Tagl. Rundsch.“, weil Deutschland nicht der Boden für bolschewistische Gedankengänge ist. Die Liebknicht-Tragödie ist zu Ende. Liebknicht selbst hat in den letzten Tagen bereits seinen Entschluß geäußert. Er wollte, daß sein Stern erblähe. Er erkannte, daß die Berliner Arbeiterschaft für seine Ideen nicht „reif“ war. Im Reich herrschen die Bolschewikenbewegungen in einzelnen Städten wohl auf, und in Braunschweig und Bremen herrschen sie bereits, aber Liebknichts Ende blühte auch früher oder später den Zusammenbruch ihrer Herrschaft zur Folge haben. In Braunschweig rüstet man sich ja bereits zum Widerstand gegen die Berliner Regierungstruppen.

Wer Liebknicht früher gekannt hat, konnte so Manches jetzt an ihm nicht verstehen. Wenn der Spartakusführer auf seinem Auto mit der flatternden Fahne durch die Straßen fuhr, vom Schloß Reben hielt, die man kaum verstand, sich in den hässlichen Gemächern hässlich niederließ, sich kindisch als Märtyrer gebürdete, so zweifelte wohl mancher an seiner Intelligenz. Es ist aber traurig und für die jetzige Regierung nicht schmeichelhaft, daß Karl Liebknicht länger als eine Woche unumgänglich Herr Berlins sein konnte. Das erblühte Berliner Volk hat selbst schnell, aber gerechte Strafe gefunden.

Man wird einen Mord nie blägen können, aber das Vorgehen der müßigen Menge findet eine gewisse Erklärung. Sie zweifelte, daß Liebknicht oder die Rosa Luxemburg von der Berliner Regierung so gestraft würden, wie sie es verdienen.

Noch tags zuvor schrieb Liebknicht in seiner „Roten Fahne“: „Wir sind da, wir bleiben da und der Sieg wird unser sein!“ Einen halben Tag später brach er im Tiergarten tot zusammen! Das „Paradies“, das er dem Volke schaffen wollte, — bekanntlich war dies einer seiner bestbelegten Redensarten — konnte er nicht zustande bringen. Er hat versucht, seine Leute und die Stadt Berlin taumelnd in einen Blutsumpf zu leiten. Er hat ihn und seine Schiffs, die „blutige“ Rosa, verschlungen. — Wie gesagt, zweifelte Liebknicht bereits an seiner Mission. Er hat neulich an seine Moskauer Freunde und Geldgeber geschrieben, die Spartakistische Bewegung sei im Abflauen der Rämpf werde wohl abgebrochen werden müssen. Karl Liebknicht ist nicht den Spuren seines Vaters, des großen geistigen Sozialistenführers, gefolgt. Er schloß sich der anarcho sozialistischen Bewegung an. Mit Karl Liebknicht ist zweifelsohne ein bedeutender Kopf und geistiger Führer aus dem Leben geschieden, der aber einem Verzicht nachstrebte, jedes Maß verlor und an seinem krankhaften Natureigenen zugrunde ging.

Liebknicht war bis zu seiner Verurteilung wegen Hochverrats zu 4 Jahren Zuchthaus Reichstagsabgeordneter für Spandau-Potsdam (Osthavelland). Bekannt ist ja noch seine pompöse Begrüßung durch seine Anhänger, als er aus dem Zuchthaus entlassen wurde. Rosa Luxemburg war 48 Jahre alt und kam aus russisch Polen. Auch sie hat öfter innerhalb der Gefängnismauern gefesselt. Sie war die getreue Schiffs Dr. Karl Liebknichts und teilte auch dessen Schicksal fast zur gleichen Zeit.

Berlin, 16. Januar. Ueber den Verlauf der Doppel-Tragödie, deren Anfang unsere Leser bereits kennen, weiß die „B. Z.“ noch folgende Einzelheiten zu berichten: Liebknicht mußte auf einem Seitenausgang des Eden-Hotels, in dem seine Vernehmung stattgefunden hatte, herausgelassen werden, weil sich vor dem Hotel eine große Menschenmenge angesammelt hatte, der bekannt war, daß Liebknicht verhaftet war. Auch in die Halle waren die Menschen schon eingedrungen. Das Auto konnte sich deshalb nur mit Mühe Bahn machen, um vorzufahren. Als Liebknicht in das Auto einstieg und auf dem Vordersteig Platz nahm — es war ein offenes Dienstauto — erhielt er von hinten einen schweren Schlag auf den Kopf, der eine starke blutende Wunde verursachte. Der Führer des Transportes versuchte nun, aus der Menge herauszukommen, und wollte auf einem Umweg durch den Tiergarten nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit fahren. Auf dem Wege erlitt der Wagen eine Panne; in der Gegend des Neuen Sees blieb das Auto stehen und der Chauffeur erklärte, daß es einiger Zeit bedürfe, um den Wagen wieder flott zu bekommen. Der Führer des Transportes fragte Liebknicht nun, ob er sich kräftig genug fühle, um bis nach dem Charlottenburger Chaussee zu gehen, wo man ein Droschken-Auto anhalten wollte, um Liebknicht weiterzubringen. Liebknicht erklärte sich bereit dazu. Als der Transport

etwa 50 Meter vom Auto entfernt war, fing Liebknicht auf einmal an, davonzulaufen. Es wurde ihm sofort Halt und Stillstehen nachgerufen, aber Liebknicht versuchte, in das Unterholz zu entkommen. Daraufhin wurden mehrere Schüsse auf ihn abgegeben. Einer davon traf ihn zwischen den Schultern am Hals, er fiel um und war sofort tot. Seine Leiche wurde ins Schauhaus gebracht.

Während Liebknicht abtransportiert wurde, wurde Rosa Luxemburg vernommen. Nach dieser Vernehmung sollte sie gleichfalls nach dem Untersuchungsgefängnis verbracht werden. Unterdessen war die Menge zu Hunderten angewachsen. Es wurde versucht, die Leute durch eine Kfz vom Eingang fortzubringen. Die Menge verließ sich auch zunächst, als ein Offizier jedoch mit der Verhafteten herankam, hatte sich inzwischen schon wieder eine Menschenmenge angesammelt, die auch die Halle füllte. Der Führer ging mit ausgebreiteten Armen vor Frau Luxemburg, um ihr den Platz freizugeben. Aber die Menge stürzte sich auf die kleine Person und schlug sie nieder. Vermutlich wurde Frau Luxemburg in das Auto getragen. Als der Wagen anfuhr, um die Demutstraße fortzubringen, sprang ein Mann auf das Dach und gab dabei einen Schuß auf sie ab. Der Wagen wurde nun, um Weiterungen zu vermeiden, in schnelle Gangart gebracht und kam so an die Brücke zwischen Kurfürstendamm und Hufschlag. Dort wurde der Wagen durch Rufe angehalten. Man glaubte, es handle sich um die Wache, und ließ den Wagen stillstehen. Im gleichen Augenblick stürzte sich die Menge auf das Auto, riß den Körper der Frau Luxemburg aus demselben heraus und verschwand in der Dunkelheit. Es ist nicht möglich gewesen, bisher die Leiche aufzufinden. Wahrscheinlich ist sie in den Landwehrkanal geworfen worden. Alles Suchen war bis zur Stunde vergeblich. Von amtlicher Seite wird der „B. Z.“ mitgeteilt, daß eine strenge Untersuchung über den Tod Liebknichts und Rosa Luxemburgs eingeleitet werden wird. Die Schuldigen werden bestraft.

Berlin, 16. Januar. W.B. Die Gardehawalier-Schützenbrigade teilt mit: Zur Feststellung, ob die Führer der Begleitmannschaft von Dr. Liebknicht und Rosa Luxemburg ihre dienstliche Pflicht erfüllt haben, ist die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Der die Begleitmannschaft der Frau Rosa Luxemburg befehligende Offizier ist vom Dienst suspendiert, bis klargestellt worden ist, warum er zum Schutze der Frau Luxemburg gegen das Publikum nicht von der Waffe Gebrauch gemacht hat.

Berlin, 16. Januar. Während die Leiche Liebknichts noch im Laufe des Vormittags im Schauhaus identifiziert wurde, konnte jene Rosa Luxemburgs bisher nicht aufgefunden werden. Es wurde insoweit heute vormittag der ganze Neue See und die angrenzenden Teile des Landwehrkanals abgesehen. Es ist bisher nicht gelungen, die Leiche der Rosa Luxemburg oder Spuren davon aufzufinden.

Zur Verlängerung des Waffenstillstandes.

Trier, 16. Jan. W.B. Waffenstillstandskommission. Marshall Foch erklärte sich namens der Alliierten bereit, den Waffenstillstand um einen Monat zu verlängern unter folgenden Bedingungen: Obwohl bei den Lieferungen seit der Erneuerung des Waffenstillstandes bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden sind, muß festgestellt werden, daß ihre Gesamtheit nicht die Hälfte dessen erreicht hat, was laut der festgesetzten Verabredungen hätte erzielt sein sollen. Infolge dieser besagten Verabredungen in Spa am 17. Dezember und der Zusicherung 1 und 2 muß die deutsche Regierung also als Strafe für diese Verzögerung absetzen: 500 Lokomotiven und 19000 Wagen, davon 4000 für Elsaß-Lothringen. In Anbetracht eines Teiles des Willens der alliierten Regierungen durch die Forderung der Lieferung dieses ergänzenden Eisenbahnmaterials nicht die Schwere Deutschlands zu vermehren, andererseits in Anbetracht der beträchtlichen Behinderung, welche die Verzögerung der deutschen Regierung bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen der Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens in den alliierten Ländern verursacht, wird bestimmt, daß die deutsche Regierung als Ersatz für das oben erwähnte und den Alliierten zustehende ergänzende Eisenbahnmaterial folgende landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte liefern soll, die unter den durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission festzusetzenden Einzelbedingungen am 17. Februar zu übergeben sind: 400 vollständige Dampfzuggruppen mit doppelter Maschine und

dazu eingerichteter Pflüge, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Strabantspflüge, 12500 Eggen, 6500 Messer-eggen, 2500 Stahlpflüge, 2500 Großkülls, 2500 Sämaschinen, 2500 Heumäcker, 3000 Bindenmäcker. Dieses Material soll neu oder in sehr gutem Zustande sein. Es muß versehen sein mit dem zu jedem Gerät gehörigen Zubehör und mit den Teilen der für einen Betrieb von 18 Monaten nötigen Ersatzteilen. Es stellt übrigens im Ganzen einen Wert dar, der bedeutend unter einem Zehntel des Wertes des geschuldeten Eisenbahnmaterials steht. Diese Lieferung ist unabhängig von der geschuldeten Rückerstattung des gesamten von den Deutschen entwendeten oder außer Gebrauch gesetzten landwirtschaftlichen Materials. — Artikel 10 (Kriegsgefangene): Die alliierten Regierungen fordern von der deutschen Regierung den Strafvollzug gegen die Schuldigen; sie verfolgen die Durchführung des Vollzugs, abgesehen von den neuen Garantien, welche das alliierte Oberkommando gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge zu nehmen sich genötigt sieht. Um den russischen Gefangenen eine den Grundsätzen der Menschlichkeit entsprechende Behandlung und Heimkehr zu sichern, bestimmen die alliierten Regierungen: Die Offiziere, die von den alliierten und assoziierten Mächten in Deutschland befreit wurden, um unter Beihilfe von Vereinen für Fürsorgevereinigungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Groß-Britanniens und Italiens den Abtransport der Kriegsgefangenen der Armeen der Entente zu regeln, werden eine mit der Kontrolle der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland beauftragte Kommission bilden. Diese Kommission, mit dem Sitz in Berlin, soll beauftragt sein, nach den Anweisungen der alliierten Regierungen alle auf die russischen Kriegsgefangenen bezüglichen Fragen unmittelbar mit der deutschen Regierung zu behandeln. Sie wird seitens der deutschen Regierung alle Erleichterungen des Verkehrs erhalten, die notwendig sind, um die Lebens- und Verpflegungsbedingungen dieser Kriegsgefangenen zu kontrollieren. Die alliierten Regierungen behalten sich das Recht vor, die Heimkehr der russischen Kriegsgefangenen in dieser oder jener Gegend anzuordnen, welche ihnen am angenehmsten erscheinen wird. In Artikel 19 (finanzielle Bestimmungen): In Anbetracht der oben hervorgehobenen Verzögerung und um neue Garantien zu nehmen, beschließt das alliierte Oberkommando, sich vorzubehalten, von jetzt ab, wenn dieses für angemessen erachtet wird, den durch die Fests des rechten Rheins gebildeten Abschnitt der Festung Straßburg mit einem Geländestreifen von 5 bis 10 Kilometern vor diesem Fests zu besetzen. Die Besetzungsgrenze ist auf der beigefügten Karte angegeben. Diese Besetzung soll drei Tage vorher seitens des alliierten Oberkommandos angezeigt werden. Ihr soll keinerlei Zerstörung von Material oder von Räumlichkeiten vorhergehen. Die Linienführung der neutralen 10 Kilometer soll entsprechend vorgeschoben werden.

Rückführung des aus dem französischen und belgischen Gebiet weggeführten Materials: Die alliierten Regierungen haben bestimmt: § 1. Da die Rückführung des in den französischen und belgischen Gebieten sorggenommenen Materials für die Wiederinangabe der Fabriken unentbehrlich ist, sollen folgende Maßnahmen zur Ausführung gelangen: § 2. Es sollen zur Verfügbung der Alliierten gelangen, um an den Ort ihrer Herkunft zurückzuführen zu werden, wenn die französische und belgische Regierung es verlangen, die Maschinenwerke der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebsgeräte, die verschiedenen Zubehöre jeder Art und im allgemeinen jeder industrielle oder landwirtschaftliche Gegenstände, der aus den Gebieten, welche die deutschen Heere an der Westfront besetzt hatten, unter welchem Vorwand auch immer von den militärischen oder Zivilbehörden oder von einzelnen Personen fortgenommen worden ist. Diese Gegenstände sollen keinerlei Veränderungen und keinerlei Beeinträchtigungen ihres Gebrauchswertes erfahren. § 3. Um diese Rückführung vorzubereiten, wird die deutsche Regierung der Waffenstillstandskommission schleunigst alle offiziellen oder privaten Rechnungsbücher, die sich auf diese Gegenstände beziehen, übermitteln, ebenso alle Verkaufs-, Miets- oder sonstigen Verträge, den gesamten darauf bezüglichen Schriftwechsel, alle Erklärungen und alle zweckdienlichen Auslagen über das Vorhandensein, die Herkunft, die Umwandlung, den augenblicklichen Zustand und den Lagerort dieser Gegenstände. § 4. Delegierte der französischen oder belgischen Regierung werden betreffs der angelegten Gegenstände in Deutschland Feststellungen und Nachprüfungen an Ort und Stelle vornehmen lassen, wenn ihnen diese zweckdienlich erscheinen. § 5. Die Rückführung wird gemäß den be-



sonderen Wajungen erfolgen, die von den franz6sischen oder belgischen Beh6rden argeben werden, und nach den von ihnen getroffenen Entscheidungen. § 6 Insbesondere die Lager jeder Art in Parks, auf der Eisenbahn, auf Schiffen oder Werken von Triebweimen, elektrischen Motoren oder Motorwagen und Schiffahrtsgew6rten usw., die aus Frankreich, Belgien, dem Gro6herzogtum Luxemburg, dem Elsa6, bezw. Lothringen und Italien entnommen wurden. § 7. Die Einreichung der in § 3 und 4 aufgez6hlten Ausk6nfte mu6 innerhalb einer Frist von vollen 8 Tagen ab 20 Januar 1919 und mu6 vollst6ndig abgeschlossen sein vor dem 15. Februar 1919. Nachschal Foch erwartet eine endg6ltige Antwort morgen vormittag.

Staatssekret6r Erzberger.
Berlin, 16. Jan. Wie die Germania von ausl6ndlicher Stelle erf6hrt, ist die Antwort auf die neuen Waffenstillstandsbedingungen der Entente Donnerstag nachmittag von Berlin abgegangen. Ueber ihren Inhalt wird noch Stillstimmungen beobachtet.

Zu den Bedingungen f6r die Verl6ngerung des Waffenstillstandes schreibt das B. L.: Die neuen Bedingungen der Entente sind so unbedenklich und so unerh6rt, da6 dagegen der sch6rfste Protest eingelegt werden mu6. Trotzdem die deutsche Regierung das gew6nschte Eisenbahnmateriale noch und nach heranzuf6hren, versch6fste die Entente die Abnahmebedingungen willk6rlich, so da6 aller guter Wille der deutschen Stellen scheitern mu6te. Die Strafbedingungen 6berschreiten der deutschen Produktion vollends den Todessto6 zu geben. Fortz6hlung von so vielen Tausenden von landwirtschaftlichen Maschinen w6rde auch den Zusammenbruch unserer Agrarproduktion bedeuten. Wir sehen immer nur Gewalt und wieder Gewalt und das deutsche Volk wird nach so unendlich vielen k6rperlichen und seelischen Leiden der Vernichtung preisgegeben.

Tagebuenigkeiten.

Die W6rttemberger in der Ukraine.

Stuttgart, 15. Januar. Die Mitteilungen 6ber die w6rtt. Truppen in der Ukraine und insbesondere bei Odessa sind dahin zu erg6nzen, da6 nunmehr aus Odessa ein deutscher Kolonist, Herr Eduard Freier, hier eingetroffen ist mit einem Bericht des 6ltesten w6rtt. Stabsarztes in Odessa, der im wesentlichen die bisherigen Mitteilungen 6ber die Verh6ltnisse bei unseren Truppen in und bei Odessa best6tigt, im besonderen aber noch den guten Gesundheitszustand der dort verbliebenen W6rttemberger hervorhebt. Die Verpflegung in der Kolonie Gro6-Liebenhof erfolgt durch den Quartiergeber in ausk6mmlicher Weise gegen Zahlung eines festen Geldbetrags, um ihr alle F6lle die 6rmeren Vorr6tze als eisernen Bestand f6r den Abtransport aufzuheben zu k6nnen. Geld ist vorl6ufig noch vorhanden, die Marschallten haben ihre Ersparnisse gegen einen Zinsfu6 von 5%, als Darlehen den Regimentsverwaltungen wieder zur Verf6gung gestellt. Herr Freier, der unter M6hlahen und unter Einwirkung seines eigenen Lebens im Interesse seiner schw6bischen Landsteute diese gef6hrvolle Aufgabe der Reise nach Stuttgart 6bernommen und gl6cklich durchgef6hrt hat, hat sich den unau6sprechlichen Dank aller Angeh6rigen in der Heimat erworben, zumal er gleichzeitig mehrere hundert Briefe mit in die Heimat gebracht hat. Er hat sich auch bereit erkl6rt, bei seiner am 20. erfolgenden Wiederkunft Nachrichten an unsere Br6der am Schwarzen Meer mitzunehmen; Herr Freier ist zu jeder Auskunft bereit und stellt sich Fragen den 6glichen von 9-10 Uhr vormittags im Hotel Marquardt zur Verf6gung. Im 6brigen ist er durch Vermittlung des Herrn Viktor Epstein, Holderlinstra6e 51, Fernruf 4489, der sich in lebensw6rdiger Weise unseres Landesmanns besonders angenommen hat, zu erreichen. Unter dessen ist der Regimentsstab und das II./Reg. 122 in Reutlingen eingetroffen.

Wackensien.

Badapost 16. Jan. Es kann nunmehr mit Sicherheit festgestellt werden, da6 Feldmarschall Wackensien mit seinem engeren Stabe in dem bei Nusaj gelegenen

Schlusse Fattak des Grafen Cherek interniert ist. Sch66h und angrenzender Garten ist mit einem Drahtzaun umgeben und wird von Spahis streng bewacht. Wackensien kann sich nur im eingez6unten Raum frei bewegen und ist auch sonst von der Außenwelt v6llig abgeschnitten.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 18. Januar 1919.

Patronatisch ernannt wurde von dem F6rsten von F6rstenberg auf die katholische Pfarrstelle Weitingen, Dekanats Horb, Pfarrverweser Karl Schmid dafelbst.

Best6tigt wurde die Wahl des Gemeindef6hrers und Gemeinderats Adrian Sallie in Weitingen zum Ortsvorsitzer der Gemeinde Weitingen, Oberamis Horb.

Nationalversammlung. Bei der Wahl zur Nationalversammlung n6chsten Sonntag benutze man nur einen der heute und gestern omst. durch die Post zugestellten Stimmzettel mit der Aufschrift „Wahl zur Deutschen Nationalversammlung“. Man verwechsle nicht diese Stimmzettel mit denjenigen zur Landtagsversammlung vom letzten Sonntag, die keine G6ltigkeit mehr haben.

Im 6brigen ist es ratsam, wieder wie am vergangenen Sonntag m6glichst fr6hzeitig zu w6hlen und es nicht auf die letzte Stunde ankommen zu lassen.

Wichtig f6r W6hler zur deutschen Nationalversammlung.

1. Abstimmen kann nur wer in der W6hlerliste steht: Ausnahmen: Kriegsteilnehmer, die nach dem 5. Januar heimgekehrt sind und Deutsch-6sterreich k6nnen aufgrund von besonderen amtlichen Bescheinigungen abstimmen.
2. Jeder W6hler mu6 sich f6r einen Wahlvorschl6g entscheiden. Er stimmt am sichersten mit einem unver6nderten amtlich bereitgestellten Stimmzettel ab.
3. Stimmzettel, die Namen aus verschiedenen Wahlvorschl6gen enthalten, sind ihrem ganzen Inhalt nach ung6ltig!
4. Wiederholungen, Umstellungen und Streichungen von Bewerbernamen des betreffenden Wahlvorschl6ges auf g6ltigen Stimmzetteln, sowie Beibehaltung von Namen, die auf keinem Wahlvorschl6g stehen, bleiben unber6cksichtigt. Solche 6nderungen sind zwecklos.
5. Wer einen Stimmzettel verloren oder vergessen hat, kann in einem Raum in der N6he des Wahlraumes von jeder Sorte einen neuen bekommen.
6. Fr6h am Tage w6hlen! Nachmittags m6glichst nicht nach 7 Uhr zur Wahlurne kommen! Mit dem Glockenschlag 8 Uhr wird kein Stimmzettel mehr angenommen.

Reizung der Z6ge. Die Reizung der Eisenbahnz6ge wird fast v6llig noch nicht wieder durchgef6hrt lassen. Neben dem Mangel an Heizk6hlen hat sich die durch den Streik hervorgerufene Kohlmangel weiterhin versch6rft. F6r die Heizkuppelungen, die f6rher aus Summit versetzt wurden, ist ein brauchbarer Ersatz aus Eisenteil erfunden worden, so da6 es m6glich w6re, gen6gende Mengen solcher Kuppelungen herzustellen. Diese n6hen jedoch ohne Kohlen auch nichts.

Aus dem 6brigen W6rttemberg.

Regingen 92. Herrmann Kinkle, Sohn des Verwaltungsassistenten und f6rheren Schulbezirgs Kinkle, wurde bei einer sehr regen Wahlbeteiligung mit 135 Stimmen zum Ortsvorsitzer gew6hlt: Steueraktuar Eiffig aus Stuttgart erhielt 44 Stimmen.

Stuttgart. Von den sieben bei dem Spartakusputsch um Leben gekommenen wurden gestern Nachmittag drei beerdigt: Auf dem Waldriedhof der ehemalige Landsturmann Friedrich Hoff, auf dem Pragsriedhof der 46 Jahre alte Malermeister Paul Hartenstein und auf dem Bergriedhof der erst 17 Jahre alte Karl Feher. Die Beerdigung des letzteren bew6hnten die Spartakuleute und die Unabh6ngigen zu einer Demonstration gegen die Regierung. Im Tranzepag bemerkte man eine Anzahl Kr6nze mit toten Sch6leien. Der Gesangsverein „Vorw6rts“ und

„Aurora“ sangen revolution6re Lieder. Klara Zetkin, die Genossen Alfred und Engelhardt schwuren am Grab, den „Mord“ zu r6chen.

Letzte Nachrichten.

Die Reichsregierung dr6ngt die Nationalversammlung auf den 6. Februar einzuberufen.

Die unabh6ngig-sozialistischen Mitglieder in der tschechischen Regierung sind ausgeschieden.

Das deutsche Hauptquartier soll mit Ende dieses Monats in eine Stadt im Osten des Reiches verlegt werden.

Die Lage in den Bergbaugbieten ist immer noch gespannt. Die Forderungen der Bergleute werden aufrecht erhalten.

Die Volkswirtschaftsgefahr f6r Polen w6chst bedenklich. In 3 Herrn r6cken diese auf Warschau vor. Mosky ist bereits von ihnen besetzt. Die polnische Regierung hat einen dreiw6nden Hilferuf an die Entente erlassen.

Hierzu eine Beilage.

Der **Gesamtanfrage** unserer heutigen Doppelnummer liegt ein Flugblatt der W6rttembergischen B6urgerpartei bei.

F6r die Schriftleitung verantwortlich: Paul Sage, Nagold. Druck u. Verlag der G. M. J6nfer'schen Buchdruckerei (Karl J6nfer) Nagold.

Amliches.

Oberamt Nagold.

Pferde6nde.

Bei einem Pferd des Landwirts **Kayser** auf dem **Talhof Markung Nagold** ist die **Kranke** ausgebrochen. Den 15. Jan. 1919. Oberamtmann M6nz, A. B.

Die **Gemeindebeh6rden** werden auf den in der Beilage zum Staatsanzeiger vom 16. Jan. d. J. (Nr. 12) abgedruckten Entwurf des **Reichswirtschaftsministeriums**, Abt. f6r soziale Volkswirtschaft (Rechtsabteilung) bez. **anderweitige Unterst6tzung bed6rfiger Angeh6riger von Kriegsteilnehmern nach Wegfall der Familienunterst6tzung** zur Beachtung hingewiesen. Den 17. Januar 1919. M6nz, A. B.

Auf die in Nr. 5 des Staatsanzeigers f6r W6rttemberg vom 8. Januar erschienenen Bestimmungen: **Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums**, betreffend Aufhebung des § 7 der Verordnung 6ber die Regelung des Verkehrs mit Weib-, Wink- und St6ckwaren vom 10. Juni/23. Dez. 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1420.)

Bekanntmachung der Reichswehrverwaltung 6ber Erweiterung der Freiliste.

Bekanntmachung der Reichswehrverwaltung 6ber Aufhebung der Beschlusse von G6hrlin w6hler.

Bekanntmachung der Reichswehrverwaltung betreffend Aufhebung der 6ffentlichen Bewirtschaftung der getragenen Uniformen.

Ferner auf die in Nr. 9 des Staatsanzeigers vom 13. Januar erschienenen Bestimmungen: **Bekanntmachung der Reichswehrverwaltung** f6r Schuhschneiderei 6ber Fortw6hle f6r Schuhschneiderei.

Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums betreffend Aufhebung des § 11 a der Verordnung 6ber die Regelung des Verkehrs mit Weib-, Wink- und St6ckwaren vom 10. Juni/23. Dez. 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1420.)

Bekanntmachung der Reichswehrverwaltung 6ber Erweiterung der Freiliste.

Bekanntmachung der Reichswehrverwaltung zur Aufhebung der Bekanntmachung 6ber Verbundware aus kammwollenen Spinnstoffen.

wird hierdurch besonders aufmerksam gemacht. Nagold, den 15. Januar 1919. Oberamt: M6nz, A. B.

Amtsgericht Nagold.

Die **Entw6ndigung** des **Altkirchweins** Karl Hartmann in **Altensteig-Dorf** wegen **Trunksucht** ist durch Beschluss vom 7. d. Mts. **widert**

aufgehoben

worden. Den 17. Januar 1919. Landgerichtsrat **Ulsch6fer**.

Schw6bische Kunde

aus dem gro6en Krieg.

3. Buch

Die **W6rttemberger in Ost und West**, in **Serbien und Mazedonien**.

Vorr6tig zum Preis von **Mk. 3.50** bei

G. W. J6nfer, Buchhandlung, Nagold.

Erdd6rfartenabgabe

am **Dienstag** den 21. Jan. vorm. von 8 1/2-11 Uhr auf dem Rathaus.

Diese Zeit bitten genau einzuhalten, da nachtr6glich keine Marken mehr abgegeben werden k6nnen.

Nagold, 17. 1. 19. **Stadtschulz.-Amt.** **Maier.**

Unterjchwandorf. Ein sch6nes 1/2 Jahr altes



Kind hat zu verkaufen **Franz H6hler.**

Aufklebadressen **G. W. J6nfer, Buchhlg. Nagold.**

Zur Aufkl6rung.

Die demokratische Partei macht in **Entr6stung** und glaubt die B6urgerpartei an den **Pranger** stellen zu k6nnen, weil 2 Redner der B6urgerpartei ihre Behauptung, die wirklichen F6hrer der Demokratie, Herr **Haußmann** und **Elsaß** k6nnten nicht das **erforderliche kirchliche Interesse** haben, damit begr6ndeten, da6 Herr **Elsaß** kein **Christ** sei, und Herr **Haußmann** seine Kinder nicht habe taufen lassen. Die letztere Behauptung beruht allerdings auf einer **Verwechslung**. Herr **Haußmann** hat sich aber nicht **kirchlich** trennen lassen. Das sachlich bemessen werden sollte, besteht trotzdem **v6llig zu Recht**. Die demokratische Entr6stung ist unangebracht.

W6rttembergische B6urgerpartei.

Bronndorf. Ein kr6ftiges **Junge** welches Lust hat die **M6llerei** zu erlernen, kann bis Mitte April eintreten bei **M6hlebef. Kayser.**

Nagold. Ein williges **M6dchen** nicht unter 18 Jahren f6r **Haus- und Landwirtschaft** gesucht. **Gottl. Gr6ninger.**

Buch 6ber Ehe von Dr. **Retamit** vielen Abbildungen, statt **M. 2.50** nur **M. 1.50**. **Buchversand Elsner** Stuttgart 211 Schlossstr. 57 B.



Handwerker! Kaufleute!

Am nächsten Sonntag wird das deutsche Volk die Entscheidung darüber treffen, wie seine fernere Zukunft sich gestalten soll. Ganz besonders das Handwerk und der übrige gewerbliche und kaufmännische Mittelstand haben das größte Interesse daran, daß in der deutschen Nationalversammlung auch Männer stehen, die den selbständigen Mittelstand zu vertreten das Herz und die Befähigung dazu haben.

Welche Partei bietet hierfür in Württemberg die beste Gewähr?

Die Deutsche demokratische Partei!

Durch die Wahl zur württ. Landesversammlung entsendet die Deutsche demokratische Partei 3 tüchtige Handwerksmeister und einen Kaufmann, den Maschinenmeister Heune, den Buchdrucker Wulle, Küfermeister Stengel und Kaufmann Schweikhardt.

Die Bürgerpartei entsendet nur einen einzigen Handwerksmeister in die Landesversammlung und das Zentrum überhaupt keinen.

Und wie sieht es mit den Wahljetteln zur Nationalversammlung? An sicherer Stelle bei allen Parteien steht als einziger Vertreter des Mittelstandes der Vorkämpfer des Neuländers Mittelstandskartells, der volkswirtschaftliche Führer des demokratischen Mittelstandes:

Handwerkschammerführer R. Hermann aus Reutlingen!

Und angesichts dieser Tatsache wagen es noch die rechtsstehenden Parteien, ganz besonders die Bürgerpartei und auch das Zentrum, der Deutschen demokratischen Partei Mittelstandsfreundschaft vorzuwerfen, in dem sie mit uralten Ladehültern aus den vier Jahren des vergangenen Jahrhunderts Rechnen von Männern anführt, die lediglich zum Ausdruck brachten, wie damals der überwiegende Teil des württembergischen Handwerks dachte.

Das heißt denn doch das Handwerk überaus schlecht einschätzen in seiner geistigen Auffassung!

Das Handwerk hat die Sünden der Reichspartei nicht vergessen.

Neben erheblichen Teilen der Zentrumspartei sind es ganz besonders die führenden Leute der Schwäbischen Bürgerpartei, von denen das Handwerk alle Ursache hat, schleunigst abzurücken.

Wer sind denn die führenden Geister dieser Partei? Es sind jene Gewaltpolitiker, jene Anhänger der Junkerherrschaft, die Freunde der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, die um eure Stimme jetzt buhlen! Unter ihrer alten Flagge glauben sie keine Geschäfte mehr machen zu können, deshalb borgten sie einen neuen Namen und gaben sie vier Wahljettel heraus. Wie kann ein vernünftig denkender Handwerker seine Stimme einer Partei geben, deren namhaftesten Vertreter in hohem Maße mit Schuld tragen an dem Zusammenbruch, den unser Vaterland erlitten hat. Sie waren es, die sich mit allen Mitteln ihrer Macht einer rechtzeitigen Demokratisierung Deutschlands entgegengekegelt haben. Sie waren es, die sich freuten über den Ausbruch des Krieges der so furchtbar den Mittelstand geschädigt und in seinen Grundfesten erschüttert hat.

Mit allen Mächten der Uebermacht des Großkapitals in der Demokratie glauben sie den Mittelstand einzufangen zu können und verschweigen dabei, daß gerade in ihren Kreisen die Rüstungsindustrie die Schwerindustrie, die Großgrundbesitzer tonangebend und ausschlaggebend sind, auch wenn nach außen der Rufus etwas anders anklingt. Ohne blühende Industrie kein Gedeihen des Mittelstandes, wer wollte ernstlich die Möglichkeit dieser Auffassung bestreiten? Die vereinigten Reaktionen glauben mit rückständigen Phrasen den Mittelstand darüber hinwegtäuschen zu können, daß ihre Kreise es in erster Linie sind, die durch ihre Blut- und Ehenpolitik Deutschland und damit auch seinen Mittelstand in diese furchtbare Lage gebracht haben.

Deshalb Handwerker, Kaufleute, gebt am 10. Januar nur den Stimmzettel ab, der die Namen

Bayer, Hausmann, Hermann usw. enthält.

Handwerker, Kaufleute, gebt am 10. Januar nur den Stimmzettel ab, der die Namen

Bayer, Hausmann, Hermann usw. enthält.

Bayer, Hausmann, Hermann usw. enthält.

Bayer, Hausmann, Hermann usw. enthält.

Bayer, Hausmann, Hermann usw. enthält.

Bayer, Hausmann, Hermann usw. enthält.

Bayer, Hausmann, Hermann usw. enthält.

An die heimgekehrten Krieger!

3366 Stimmen hat am letzten Sonntag im Oberamt Nagold für die Mehrheitssozialdemokratie abgegeben worden. Aus dieser Stimmzahl spricht die Zustimmung, der Mißmut, der Groll über das, was Ihr erlebt habt, die Abneigung gegen das Alte, das die Revolution gestürzt hat.

Wir verstehen diese Stimmung voll und ganz, denn wir haben sie selbst empfunden.

Aber: Solt und dürft Ihr Euch bei den Wahlen des morgigen Sonntags leiten lassen? Müßt Ihr nicht mehr an die Zukunft denken, an das, was neu geschaffen werden soll, als an die Vergangenheit?

Wie steht es mit der Vergangenheit? Hat nicht die Mehrheitssozialdemokratie seit Kriegsbeginn dieselbe Politik getrieben wie die Demokratie; haben sie nicht armenlos für die Kriegskredite gestimmt, gemeinsam den U-Bootkrieg bekämpft, gemeinsam die Antirevolution für den Verstandigungsfrieden gefordert; war nicht Bayer zugleich auch Vertrauensmann der Sozialdemokratie; sind nicht schon mit Bayer auch Sozialdemokraten in die Regierung eingetreten; waren bei der Oktoberregierung des Prinzregenten von Baden nicht auch die Führer der Mehrheitssozialdemokratie beteiligt?

Jeden Vorwurf, den die Sozialdemokratie hier der Demokratie machen will, fällt auf sie selbst zurück.

Und nach der Revolution? Glaubt Ihr, daß die Sozialdemokratie allein ohne die Mitarbeit der — nichtsozialdemokratischen — Beamtenschaft die staatliche Ordnung auch nur 8 Tage hätte gewährleisten können?

Hat sie nicht durch Ihr Zögern und Zaudern zwei Monate lang das ganze Volk durch eine kleine Gruppe radikaler Ruffestreunde und mit russischem Gelde beschoener Kumpanen lassen? Hat sie nicht durch ihre abgerne Haltung den Polen und Tschechen deutsches Land in die Hände fallen lassen? Glaubt Ihr, daß die Sozialdemokratie ohne bürgerliche Mitarbeit eine Deutschland zum Heil dienende auswärtige Politik treiben kann?

Und dann! Seht Ihr einverstanden mit der Verfaßung auch von Grund und Boden wie sie das Erfurter Programm mit klaren Worten verlangt, das heute noch immer anerkannt wird?

Ueberlegt Euch all das, überlegt, daß auch die bürgerliche Demokratie „durchgreifende staatliche Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, Kriegswitwen und Kriegswaisen“ verlangt, eine gesunde Boden- und Wohnungspolitik und Schaffung von Kriegerheimstätten fordert.

Euer Interesse und der Gedanke an Deutschlands Zukunft soll Euch morgen leiten und eure Stimmen der

Deutschen Demokratischen Partei zuführen.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Mehrere ehemalige Kriegsteilnehmer.

Wähler und Wählerinnen!

Für die Einheit des Reiches! Gegen Ausbeutung! Gegen Sonderrecht und Terrorismus! Für Demokratie, Frieden und Volkswohlfahrt! Gegen die Kriegsbeher in allen bürgerlichen Parteien, die Deutschland ins Elend gestürzt haben.

Das ist die Parole der alten Sozialdemokratie! Gebt den Stimmzettel der alten Sozialdemokratischen Partei ab

der so aussieht:

Wahl zur Deutschen Nationalversammlung Stimmzettel für den Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns.

- 1. Keil, Wilhelm, Redakteur und leitender Reichstagsabg. Ludwigsburg. 2. Hubbrüand, Karl, Geschäftsführer der Volksfürsorge u. leitender Reichstagsabgeordneter, Hamburg. 3. Seim, Albert, Mechaniker, Wangeln-Suttgart. 4. Schlieke, Alexander, 1. Vorsitzender des Deutsch-Nietalla-belter-Vereins, Stuttgart. 5. Krenn, Gottlieb, Arbeitersekretär und Gemeinderat, Schlangen. 6. Seimacher, Otto, Gewerkschaftsangeh. Stuttgart. 7. Bloß, Anna, Schriftf. in, Degerloch-Suttgart. 8. Krenn, Franz, Schriftf. der württembergischen Konsumvereine, Stuttgart. 9. D. n. k., Max, Schriftf. in, U. a. D. 10. Watten, Hermann, Arbeitersekretär, Stuttgart. 11. Sperr, Karl, Handwerkslehrling, Stuttgart. 12. Krenn, Karl, Schlosser, U. a. D. 13. Siebig, Hermann, Lokomotivführer, Elmlingen. 14. Bauer, Albert, Porzellanmaler Schramberg, U. a. D. 15. Krenn, Karl, Krankenhauseingew. Stuttgart. 16. Watten, Otto, Parteisekretär, Stuttgart. 17. Frey, Karl, Buchbinder, Stuttgart.

Warum die Bauern des Frankensandes demokratisch wählen?

Wie kommt es, daß die rein landwirtschaftlichen Bezirke Dechingen, Hall, Gaildorf, Crailsheim, Gerabronn, Mergentheim und Künzelsau so gut demokratisch gewählt haben, daß die Demokratie fast durchweg an erster Stelle, der Bauernbund aber höchstens an 3. Stelle kam?

Das kommt davon, daß in Württemberg gerade diese Gegenden aus eigener Anschauung wissen, was die Fideikomisse des Adels zu bedeuten haben. Wie stellen sich Bauernbund und Bürgerpartei zu der brennenden Frage, die Fideikomisse aufzuheben mit allen Vorrechten des Adels und Bauernland daraus zu machen?

Herr Dekonomierat Vogt-Gochsen hat ausgesprochen, daß „diejenigen gebundenen Besitz, die vor 50 Jahren schon bestanden haben nicht berührt werden dürfen“, d. h. also, daß der fürstliche, gräfliche usw. Großgrundbesitz unangetastet bleiben soll.

Das Unrecht soll verewigt werden! Ihr Kleinbauern des Schwarzwalds! Wollt Ihr den adeligen Großgrundbesitzern Württembergs und den Junkern Preußens als Vorspann dienen zur Erhaltung ihrer längst überlebten „Rechte“ der alten „Raubritter“ schämen? Folgt geschlossen dem glänzenden Beispiel den fränkischen Bauern und wählt Mann für Mann, Frau für Frau

Die deutsche demokratische Partei.

Die deutsche demokratische Partei.

Die deutsche demokratische Partei.

Die deutsche demokratische Partei.

Die deutsche demokratische Partei.

Die deutsche demokratische Partei.

...a Kritik, die ...m Grab, den ...onoloterramm- ...in der Sch- ...Ende dieses ...legt werden. ...mer noch gr- ...werden auf ...ht ...bendlich. ...Mosty ist ...Regierung hat ...en. ...Doppeltum- ...den Bürger- ...Wagel. ...Bücher Wagel. ...er auf dem ...angebrochen. ...n. A. B. ...den in der ...3 (Nr. 12) ...Abig. für ...andertwei- ...höriger von ...Familien- ...n. A. B. ...für Württem- ...gen: ...betreffend Auf- ...die Regelung ...schwarzen vom ...1. S. 1420.) ...über Gemein- ...über Aufhe- ...wische. ...betreffend Auf- ...der getragenen ...angelegts vom ...Vorforgung über ...ies betreffend ...über die Rege- ...und Stridwseen ...1. S. 1420.) ...über Gemein- ...zur Aufhebung ...aus kaum- ...1. S. 1420.) ...Bürgerpartei an ...Behauptung, die ...nicht das erfors- ...ere Elsad kein ...Die letztere Be- ...hat sich aber ...besteht trotz- ...erpartei. ...agold. ...dchen ...18 Jahren für ...Landwirtschaft ...sucht. ...Grüninger.

Oberamtsstadt Nagold.

Ukkord.

Vorbehältlich der Genehmigung des Gemeinderats wird

das Brechen von Steinen

in den der Stadtgemeinde Nagold gehörenden Kalksteinbrüchen Mittlerbergle und Ziegelberg in Ukkord gegeben. Die Ukkordsbedingungen liegen auf dem Stadtbauamt zur Einsicht auf.

Nur solche Bewerber, welche als tüchtige, zuverlässige Steinschneider anerkannt und im Steinbruch selbst mit tätig sind wollen ihr Offert, welches letzteres den Einheitspreis pro 1 cbm zu enthalten hat, spätestens bis zum

Dienstag, den 21. ds. Mts. nachm. 4 Uhr

verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bei unterzeichneter Stelle portofrei einreichen.

Das Brechen der Steine an Unterakkordanten zu vergeben ist nicht gestattet und werden solche Offerte bei der Vergebung nicht berücksichtigt.

Den 14. Januar 1919.

Stadtbauamt: Lang.

Nagold.

Der am 4. d. Mts. ausgeschriebene

Liegenschaftsverkauf

wird am Montag den 20. d. Mts. zum 2. und letztenmal auf dem Rathaus in Nagold abends 4 Uhr stattfinden wozu Liebhaber eingeladen werden.

Gottlieb Hirth.

Waldverkauf.

Habe einen 82 Ar großen Wald auf Ebershardter Markung zu verkaufen.

Liebhaber wollen sich wenden an

Wilh. Bühler, Rohrdorf.

Feldhausen.

Verkaufe mein gut gehendes

Limonade-Geschäft

samt Zubehör.

Gustav Raaf.

Einfamilienhaus mit Garten

wird sofort zu pachten gesucht.

Offerte unter F. N. 101 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Fussboden-Riemen, Brüstungstäfel-Bretter

u. sonstige Hobelware liefern wieder fortlaufend

Graf & Kohler, Säge- u. Hobelwerk, Dornstetten. Telefon Nr. 1.

Kaufe fortwährend

Pferde

zum Schlachten



Pferdeschlächterei J. M. Schlenker, Zwenningen a. N. Telefon Nr. 30.

Nachlassauseinandersetzungen (Privatteilungen), Aufnahme von eingebrachtem Vermögen in die Ehe, (Inventare), Vormundschaftsrechnungen, Verträge, Beitreibung von Geschäftsausständen, sowie anderen Forderungen und gerichtliche sonstige Angelegenheiten, auch Abfassung von Gesuchen etc. etc. befragt

Fr. Weber,

Nagold, Bahnhofstr.

Lichtspielhaus Nagold

Samstag, 18. Januar abends 7 Uhr

Sonntag, 19. Januar 3, 5 und 7 Uhr

1. Ihr letzter Liebesdienst

Drama in 2 Akten

2. Die gute Partie

Lustspiel in 4 Akten (alten schönes Lustspiel)

3. Naturaufnahme

Nagold.



Einer werthen Kundschaft von hier und Auswärts zur gest. Kenntnisnahme, daß ich den

Gasthof zur Köhlerei

käuflich erworben habe.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die geehrten Gäste in jeder Beziehung gut und reell zu bedienen. Um regen Besuch bitte!

Hochachtung

Julius Möller

Gasthof zur Köhlerei.

Eröffnungsfeier

nächsten Sonntag mit Konzert der Stadt-Kapelle.

Erklärung.

Die Unterzeichneten sehen sich veranlaßt, öffentlich ihre Bedauern darüber auszudrücken, daß die religiös-kirchliche Frage vielfach in einer Weise in den Wahlkampf hineingezogen wird, welche unserer Kirche nur Schaden kann. Es ist an vielen Orten gegen die Deutsche demokratische Partei der Vorwurf ausgesprochen und verbreitet worden, daß sie es mit ihren programmatischen Erklärungen betr. Kirche und Religionsunterricht nicht aufrichtig meine. Die Abgabe des bürgerparteilichen Stimmzettels wurde nicht bloß in Versammlungen, sondern auch durch Flugblätter als Gemeinheitspflicht eines wahren Christen und die Abgabe eines anderen, also etwa des Deutschen demokratischen Stimmzettels, als eine Verleugnung Jesu bezeichnet.

Vergegenüber erklären die Unterzeichneten, daß das Programm der Deutschen demokratischen Partei in allen Punkten das Rechte auf Freie und Glauben hat, wie dasjenige irgend einer anderen Partei. Sie sind überzeugt, daß ihre Partei die ihre in der Landesversammlung zukommende einflußreiche oder ausschlaggebende Stellung auch dazu benutzen wird, die religiös-kirchlichen Lebensinteressen zu vertreten und zu wahren. Betreff des Religionsunterrichts wissen wir, daß die überwiegende Mehrheit unserer Parteigenossen an der Trennung nach Konfessionen festhält. Sie bitten die Vertreter unserer Partei, Kirche, zu bedenken, daß Zentrum und Bürgerpartei allein keine Mehrheit in der Landesversammlung bilden und daß es wesentlich von der Stellungnahme der Deutschen demokratischen Partei abhängt, ob die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und zwischen Kirche und Schule in einer Weise vollzogen wird, welche der evang. Kirche ihr ferneres Bestehen und Wirken als Volkskirche ermöglicht.

Stuttgart, 16. Januar 1919.

Stadtpfarrer Lamparter.

Stadtpfarrer Lic. Eisenwein.

Auslandsdeutsche!

Männer und Frauen!

um Euer Wahrgang zur Nationalversammlung am kommenden Sonntag aus.

Stimmt alle für die Deutsche demokratische Partei? In ihren Reihen allein ist unser Volk. Sie allein wird in der Lage sein, als große bürgerliche Partei unser Interesse kraftvoll zu vertreten.

Wir stimmen gegen die Sozialdemokratie, weil sie eine Klassenpartei ist und

wir stimmen gegen die Bürgerpartei, weil sie alle die reaktionären Elemente in sich vereinigt, die uns ins Unglück geführt haben.

Die Deutsche demokratische Partei ist die Partei der Ordnung und Freiheit.

Nur wenn in die Nationalversammlung eine kräftige demokratische Partei des Bürgertums eintritt, wird der Deutsche im Ausland wieder zu seinem Recht und seiner Stellung kommen.

Drum werbt und stimmt für die

Deutsche demokratische Partei!

Mehrere Auslandsdeutsche

sind wieder eingetroffen.

Dezimalwagen

1-2 Hobelbänke, gut erhalten

suchen zu kaufen, mit oder ohne Werkzeug.

Gebr. Dürr, Rohrdorf.

Oberthalheim, 16. Jan. 1919.



Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber, treuebsorgter Vater und Großvater

Johannes Wehle, Bauer

heute abend 9 Uhr im Alter von 71 1/2 Jahren wohlverbeichtet und sanft im Herrn entschlafen ist.

Um das Almosen des Götters bitten die trauernden Hinterbliebenen:

die Tochter: Witwe Pauline Weht, geb. Wehle mit ihren 6 Kindern,

die Söhne: Anton Wehle mit Familie, St. Feten (Kanton St. Gallen),

Matthias Wehle mit Familie, Fiamli (Kanton St. Gallen).

Vinzeng Wehle mit Familie

nebst 2 Enkelkinder der verstorbenen Tochter Marie Schlotter, geb. Wehle.

Beerdigung Sonntag nachm. 1/3 Uhr.

Möhlingen, 18. Jan. 1919.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem so schweren Verluste unseres innigstgeliebten, treuebsorgten Vaters, Sohnes, Bruders Schwagers und Onkels

Joh. Gg. Bohnet,

Bauer und Fuhrmann

für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts, sowie für die kostbaren Worte des Herrn Geistlichen, für den erhebenden Gesang des Gesangvereins und für die vielen Kranzspenden sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Die Gattin:

Barbara Bohnet, geb. Eugensland mit ihren Kindern.

Wahlversammlungen.

Es sprechen: Parteisekretär Hoppf-Stuttgart
 Samstag nachm. 3 Uhr in Wislberg im „Schwarzwaldbrauhaus“,
 „ 6 „ „ Egenhausen in der „Krone“,
 „ 8 „ „ Altensteig im „Grünen Baum“ über das Thema:
„Vor der Entscheidung.“

Reichstagsabgeordneter Schweichhardt-Tübingen
 Samstag nachm. 3 Uhr in Hatterbach in der „Krone“ über das Thema:
„Zur politischen Lage.“

Professor Bauer-Nagold
 Freitag abend 7 1/2 Uhr in Eghausen im „Waldhorn“ über das Thema:
„Vor der Entscheidung.“

Bez.-Ver. Nagold der deutschen demokr. Partei.

Deutsche demokrat. Partei

Samstag, 18. Januar 7 1/2 Uhr abends im Traubensaal in Nagold.

Wahlversammlung.

Redner: Reichstagsabg. Schweichhardt-Tübingen
 über das Thema „Zur politischen Lage“ und
 Dr. Scheel, Professor der Theologie an der Universität
 Tübingen über

„Staat und Kirche im neuen Staat.“

Zu diesem Vortrag werden die Frauen ganz
 besonders eingeladen.

Bauern aufgepaßt!

Die Sozialdemokratie und Demokratie rechnet auf Euer
 schlechtes Gedächtnis.
 Wer hat

die Zwangswirtschaft
 und Zwangserfassung

unterstützt? Das war die Demokratie und die Sozialdemokratie.
 Wer hat die Riesengewinne aus den

Kriegsgesellschaften

eingeholmt? Die Großkapitalisten, die die demokratischen
 Führer Rathenau, Stern usw. in die Aufsichtsräte
 der Kriegsgesellschaften geschickt haben. Wer ist verantwortlich
 für die

verfehlten Maßregeln
 der Reichsregierung

im letzten Jahre? Die Kandidaten der Demokratie Payer,
 Hausmann, Liesching. Wer will jetzt die

Viehpreise herabdrücken,

die aber keine Herabsetzung der Fleischpreise bedeuten? Das
 demokratische „Neue Tagblatt“. Wer ist von jeher

gegen alle diese Mißstände

aufgetreten? Das waren die Vertreter des Bauernbundes.
 In der

Nationalversammlung

werden alle diese den Bauernstand berührenden Fragen ent-
 schieden. Deshalb gebt am 19. Januar Eure Stimme den
 Kandidaten der

Württembergischen Bürgerpartei

und des

Württembergischen

Bauern- und Weingärtnerbundes

Viele Bauern.

In der jetzigen Republik kann ein denkender
 Mensch

nur deutsch-demokratisch wählen

und folge am Sonntag den 19. Januar mit seinen
 Hausgenossen und Bekannten dem Beispiel vieler
 Wähler in diesem Sinn.

**Darum vollzählig! Auf zu
 dieser sehr wichtigen Wahl!**

Zur Nationalversammlung

Wähler und Wählerinnen!

Nachdem zahlreiche bürgerliche Wähler und Wählerinnen bei
 den Wahlen zur Landesversammlung ihre Schuldigkeit für die
 Demokratie getan haben,

bekannt die Demokratie Farbe

und verkündet in ihren Blättern einen Zusammenschluß des Links-
 blocks, der Sozialdemokratie und Demokratie, gegenüber der angeb-
 lichen „Reaktion“. Diesem Schlagwort zuliebe begeht die Demokratie

Verrat am Bürgertum,

das sich ihr gutgläubig anvertraut hat. Die Antwort wird das
 Bürgertum bei den kommenden Wahlen zu geben wissen!

Gegenüber dem Linksblock bildet sich im Reiche

ein starker Rechtsblock,

bestehend aus der Deutschen Volkspartei (Richtung Stresemann) und
 der Deutschnationalen Volkspartei, dem alle die angehören, die für
 ruhige geschäftliche Fortentwicklung unseres Staatslebens eintreten
 und das deutsche Volk schützen wollen vor verderblichen Experi-
 menten der Revolution. Diesem Rechtsblock treten auch

die Abgeordneten der Bürgerpartei

und des Bauernbundes bei. Die Behauptung der Demokratie, die
 Abgeordneten der Bürgerpartei werden im Reiche ohne Einfluß
 sein, ist falsch. Im Gegenteil, nur ihre Stimmen fallen voll und
 ganz ins Gewicht zur Vertretung der

**wahren Interessen des Bürgertums
 und des Bauernstandes**

Laßt euch nicht irreführen! Wie am 12. Jan.
 19. Januar mit allen Stimmen einzutreten für die gilt es auch am

Württembergische Bürgerpartei

und den

Württembergischen Bauernbund.



Wähler und Wählerinnen in Stadt und Land! Rüftet zum zweiten Gang!

In gewaltiger Anzahl hat sich die württembergische Wählerschaft, Männer und Frauen, am letzten Sonntag an der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung beteiligt.

Das Wahlergebnis war
trotz der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Hege ein glänzendes Vertrauensvotum für die Sozialdemokratische Partei!
Am kommenden Sonntag, den 19. Januar, wird wieder gewählt. Diesmal gilt es, die Vertreter zur National-Versammlung des ganzen Reiches zu berufen.

So groß die Bedeutung der Entscheidung vom letzten Sonntag war, so wird sie durch das, was am nächsten Sonntag auf dem Spiele steht, ganz erheblich übertraffen.
Das Zentrum, durch den ihm ungünstigen Ausfall bei der Landeswahl überflüssig, wird alles aufbieten, um seine Wähler und Wählerinnen restlos an die Wahlurnen zu bringen.
Die übrigen gegnerischen Parteien werden ihre großen Geldquellen noch reichlicher spenden lassen. Das soll ihnen nichts nützen! Das Volk muß sein Urteil über sie sprechen, das nur in einer Verurteilung ihrer Politik bestehen kann.

Die Reaktionskräfte, die bei der Landeswahl mit mehreren Wahloranschlägen hervorgetreten sind, haben sich zur Nationalwahl auf einen Vorschlag geeinigt. Die „neue“ Bürgerpartei liefert die Maske und zeigt, daß sie nichts anderes ist wie eine unverschämte Vertreterin jener Politik, die Volk und Land ins Verderben stürzte und all das Unheil verschuldete, unter dem die Menschheit leidet.
Bereitet den Gegnern am kommenden Sonntag eine kräftige Niederlage! Nicht besonders die Frauen auf, von denen am letzten Sonntag sich so viele noch haben betören lassen. Sorgt dafür, daß der 19. Januar in verstricktem Maße ein Tag des Sieges des Sozialismus werde.

Gebt den unveränderten Stimmzettel der Sozialdemokratischen Partei ab!
Er beginnt mit: 1. Keil, Wilhelm, Redakteur, und endet mit: 17. Frey, Karl, Buchbindermeister.

An die Wähler und Wählerinnen des Oberamts Nagold!

Am letzten Sonntag haben viele von Euch aus alter Anhänglichkeit den Namen Scholde für die Württembergische Bürgerpartei gestimmt.
Morgen aber müßt Ihr Euch für eine Partei entscheiden!
Kann diese Partei die Württembergische Bürgerpartei sein?
Nein! Denn im Reich wird sie sich in das Schlepptau der preussischen Junker und Konservativen begeben, deren Interesse und Woge nicht die Euren sind. Die neue Zeit soll ja allüberall die Befreiung der Bauer vom alten Adelsjoch vollenden helfen, und dazu müßt auch Ihr mit die Hand bieten. Kein schwäbischer Bauer, keine schwäbische Landfrau kann eine Stimme für die preussischen Konservativen abgeben.
Jeder Bürger und jede Bürgerin muß für die Deutsche Demokratische Partei stimmen, auch wenn sie letzten Sonntag ihre Stimmen der Württembergischen Bürgerpartei gegeben haben.

Können Sie die Sozialdemokratie wählen?
Wäre haben es letzten Sonntag getan, um ihrem Unmut, ihrer Verächtlichkeit Lust zu machen. Müßt Ihr das morgen auch tun? Nein! Es handelt sich um die Zukunft unseres Reiches, um den Frieden, um die Abwehr der strengen Angriffe der Polen und Tschechen, um Brot und Arbeit für alle, um die finanzielle Sicherstellung unserer wirtschaftlichen Existenz! Kann das die Sozialdemokratie allein? Brauchen wir nicht dazu die zielbewusste, kraftvolle Mitarbeit einer starken bürgerlichen Partei?

Diese Partei kann nur die Deutsche Demokratische Partei sein!
Wer deshalb das Bürgertum stärken will,
Wer eine nutzlose Zersplitterung vermeiden will,
Wer ein guter schwäbischer Bürger und Bauer sein will,
der stimmt morgen für die

Deutsche Demokratische Partei.

Zur Nationalversammlung heraus! Ein Wort an die Frauen!

Der württembergische Wahlgang hat hundert und nun gilt es den zweiten Gang — für Deutschland.
Die Frauen haben am letzten Sonntag in hervorragender Weise begriffen, um was es geht. Aber ihr Eifer ist teilweise von den Parteien schlecht gelohnt worden.

Bürgerpartei, Bauernbund, Weingärtnerbund haben wohl um die Stimmen der Frauen gebuhlt, aber nicht einer Frau das Recht eingeräumt, in der verfassunggebenden Versammlung auch selber mitzuarbeiten.
Auch die Sozialdemokratie hat wohl immer große Töne geredet von der Befreiung der Frau, aber sie hat das Frauenstimmrecht in erster Linie dazu gewollt, daß damit mehr Männer ihrer und Brüder beim Militär so et blätterte, die Gewählten sind nur 4 Frauen.
Dieselbe ungenügende Behandlung mußten sich die Frauen beim Zentrum gefallen lassen, wo unter 31 nur 3 Frauen sind.

Innerlich recht genommen wurde das Frauenstimmrecht allein von der Deutschen demokratischen Partei. Sie hat unter 33 Mitgliedern der Landesversammlung 5 Frauen und auch auf der Ebene zur Nationalversammlung hat sie allein der Frauen einen anspruchsvollen Platz eingeräumt.
Mitbürgerinnen, müßt Euch dies nicht zu denken geben?
Der ganze konservative Parteiklunker, Bürgerpartei, Bauernbund, Weingärtnerbund, oberschwäbische Landwirte zeigt mit seiner vollständigen Mißachtung der Frau, daß er kein Gefühl für Recht und Gleichberechtigung, sondern nur für Macht und Unterordnung hat. So dankten die Konservativen, was Ihr Frauen im Krieg geleistet habt.

Der alte brutale Herrenstandpunkt soll der herrschende Geist sein auch im neuen Deutschland.
Frauen, bekümmert Euch! Ihr dürft nicht weiter die Parteien unterstützen, die aus der Revolution gar nichts gelernt haben. So wie sie die Frauen weiter rechtlos und drunten halten wollen, so wollen sie es mit all den Volksgenossen tun, die noch um ihre Geltung ringen.
Das ist der Geist, der eure Männer, Söhne und Brüder beim Militär so erbitterte, die Gewalt an der Stelle des Rechtes.
Das ist der Geist, der uns im Ausland so schadet, die knechtliche Unterordnung an der Stelle freien Bürgerbewußtseins: das ist der Geist, der unser Volk so gekümmert hat, Herrenwillkür statt Volksgeist und Volkerecht.
Frauen und Männer, denkt an das fürchterliche Elend, in das uns dieser konterofiose Hochmut, sein Herrengeist und seine Unverschämtheit nach innen gegenüber den Feinden brachte.

Soll es so noch weitergehen?
Man hat die Religion im Wahlkampf mißbraucht, damit Ihr Männer wählen sollt, deren Politik den Forderungen des Christentums direkt im Gesicht schlägt.
Frauen, es muß Ehrensache für Euch sein, daß Ihr Euch nicht zum zweitenmal so mißbrauchen, so vor aller Welt verächtlich machen laßt.
Ihr dürft nicht weiter Vorspann für Männerhegemonie und männliche Gewaltpolitik sein.
Ihr sollt den Geist der Gerechtigkeit, der Klarsicht und Völkerverständnis direkt ins Gesicht schlagen.
Frauen, es muß Ehrensache für Euch sein, daß Ihr Euch nicht zum zweitenmal so mißbrauchen, so vor aller Welt verächtlich machen laßt.
Ihr dürft nicht weiter Vorspann für Männerhegemonie und männliche Gewaltpolitik sein.
Ihr sollt den Geist der Gerechtigkeit, der Klarsicht und Völkerverständnis direkt ins Gesicht schlagen.
Frauen, es muß Ehrensache für Euch sein, daß Ihr Euch nicht zum zweitenmal so mißbrauchen, so vor aller Welt verächtlich machen laßt.
Ihr dürft nicht weiter Vorspann für Männerhegemonie und männliche Gewaltpolitik sein.
Ihr sollt den Geist der Gerechtigkeit, der Klarsicht und Völkerverständnis direkt ins Gesicht schlagen.
Am 19. Jan. kann es nur die Lösung geben:
Alle Frauenstimmen
der Deutschen Demokratischen Partei!

Deutsches Volk erhebe Dich!

Wir sind besiegt, unsere staatliche Macht ist zusammengebrochen und das Wirtschaftsleben niedergeworfen.

Ist aber unser Nationalgefühl erstorben?

In den besetzten Gebieten im Westen richten sich unsere bisherigen Segner bereits häuslich ein und das Saarkohlenbecken ist in Gefahr.
Der Franzose schielt auch nach der Pfalz. Der Belgier möchte „sich“ gerne mit dem Aachener Gebiet „entschädigen“.
Am tollsten treibt es aber der Pole, den wir von der russischen Knete befreit haben. Als Dankbezeugung für seine Polpenname über die Provinz Posen, Ost- und Westpreußen (die Kornkammern Deutschlands), sowie über die Kohlengebiete Oberschlesiens.
Beim Friedenskongreß sollen — so denkt der Feind — dem auf der Anklagebank sitzenden deutschen Volke vernichtende wirtschaftliche Bedingungen aufgezwungen und seine Kolonien aufgeteilt werden.
Die Revolution hat den freien Volksstaat geschaffen.

Die junge Republik ist in Gefahr,

ihr durch den Krieg totkrank Körper droht zugrunde zu gehen. Hierige Wölfe warten darauf, ihn zu zerfetzen.
Wirtschaftliche und soziale Besserstellung der arbeitenden Klasse bleiben ein Traum, wenn die Welt uns knechtet und wir der Sklaverei unserer Feinde verfallen!

Aber Deutschland ist nicht die Türkei!

Darum Hände weg von unserem Boden.
Das besetzte Volk darf nicht in unmenschlicher Weise für die Sünden des gefürzten Militarismus büßen müssen.
Auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons haben wir die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet. Jetzt gilt es, unsere Einigkeit zu betätigen und der Welt Würde zu zeigen.
Als freies Volk unter den Völkern wollen wir in einen Frieden der Versöhnung eintreten.
Deutsche aller Klassen und Parteien stellt Euch geschlossen hinter eine durch Volkswahl erstandene starke Regierung! Sie und das Ausland sollen wissen, daß die Unversehrtheit des Reichsgebietes und Vereinigung aller Deutschen im Namen der Gerechtigkeit und im Interesse des Zustandekommens eines Völkerbundes vom ganzen Volk gefördert werden.

Deutsche demokratische Partei.

Wohin geht die Reise der Württemberg. Bürgerpartei?

Seitdem hat die Bürgerpartei es weit von sich gewiesen, eine konservative Partei zu sein und so die Interessen der preussischen Junker und Konservativen zu vertreten.

Und nun?
Man geht die Reise mit vollen Segeln zur Deutschen nationalen Volkspartei und zur Deutschen Volkspartei, die sich veremigen wollen.
Was ist die Deutsche nationale Partei?
Nichts anderes als die Partei der preussischen Junker und Konservativen unter neuer Flagge, also die „echt preussischen“ Männer der Gewaltpolitik nach außen und innen.
Was ist die Deutsche Volkspartei?
Die Wahlrechtgegner unter den früheren Nationalliberalen, die sich um Lohmann und Fuhrmann scharte. Was will also die Württg. Bürgerpartei mit Bauernbund?

Sie will die schwäbischen Bäuer und Bauern erlangen für die Interessen der ostbairischen Junker und der preussischen Konservativen, die für ihren Besitz und ihre Macht pöbeln.
Schwäbische Bürger und Kleinbauern des Schwarzwalds, gebt Acht! Keine Stimme für die Helfershelfer dieser Herren! Stimmt morgen geschlossen für die Partei des Volks, für die

Deutsche demokratische Partei!

Nagold.
Geschäfts-Empfehlung
Der geehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zeige ich ergebenst an, daß ich mein
Baugeschäft
wieder eröffnet habe, und wird mein eifriges Bestreben sein, meine werthe Kundschaft aufs Beste zu bedienen.

Ferd. Weimer, Baugeschäft.
Gaisertbach.

Eine ältere gute
Nutz- u. Schaffkuh
38 Wochen trächtig ist dem Verkauf aus.
Fr. Single, Schreiner.

Nagold.
Pferdeknecht kann sofort eintreten bei Reinhold Kaiser Ziegeleibesitzer
Lehrlingsgesuch in meine Wollspannerei für sofort oder später bei guter Lohnzahlung. L. Kentschler.

Handwerker, Kaufleute!

Am nächsten Sonntag wird das deutsche Volk die Entscheidung darüber treffen, wie seine fernere Zukunft sich gestalten soll. Ganz besonders das Handwerk, der übrige gewerbliche und kaufmännische Mittelstand, haben das größte Interesse daran, daß in der deutschen Nationalversammlung auch Männer stehen, die den selbständigen Mittelstand zu vertreten, das Herz und die Befähigung dazu haben.

Welche Partei bietet hierfür in Württemberg die beste Gewähr?

Die deutsche demokratische Partei!!

Durch die Wahl zur württ. Landes-Versammlung entsendet die deutsche demokratische Partei 3 tüchtige **Handwerksmeister und einen Kaufmann**: den Flaschnermeister **Heune**, Buchdrucker **Walle**, Küfermeister **Stengelin** und Kaufmann **Schweidhardt**.

Die Bürgerpartei entsendet nur einen einzigen Handwerksmeister in die Landesversammlung und das Zentrum überhaupt keinen.

Und wie steht es mit dem Wahlzettel zur Nationalversammlung? An sicherer Stelle bei allen Parteien steht als einziger Vertreter des Mittelstandes der **Vorsitzende des Reutlinger Mittelstandskartells**, der volkswirtschaftliche Führer des demokratischen Mittelstandes:

Handwerkskammersekretär Karl Hermann von Reutlingen!

Und angesichts dieser Tatsache wagen es noch die rechtsstehenden Parteien, ganz besonders die Bürgerpartei und auch das Zentrum der deutschen demokratischen Partei Mittelstandsfeindlichkeit vorzuwerfen, indem sie mit **alten Ladenhütern aus den 90er Jahren** des vergangenen Jahrhunderts Reden von Männern anführt, die lediglich zum Ausdruck brachten, wie damals der überwiegende Teil des württembergischen Handwerks dachte.

Das heißt denn doch das Handwerk überaus schlecht einschätzen in seiner geistigen Auffassung.

Das Handwerk hat die Sünden der Rechtsparteien nicht vergessen.

Neben erheblichen Teilen der Zentrums-Partei sind es ganz besonders die führenden Leute der Schwäbischen Bürgerpartei von denen das Handwerk alle Ursache hat, schleunigst abzurücken.

Wer sind denn die führenden Geister dieser Partei? Es sind jene **Gewaltpolitiker**, jene Anhänger der **Junkerherrschaft**, die Freunde der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, die um eure Stimme jetzt buhlen! Unter ihrer alten Flagge glauben sie keine Geschäfte mehr machen zu können, deshalb borgten sie einen neuen Namen und gaben sie vier Wahlzettel heraus. Wie kann ein vernünftig denkender Handwerker seine Stimme einer Partei geben, deren namhafteste Vertreter in hohem Maße mit Schuld tragen an dem furchtbaren Zusammenbruch, den unser Vaterland erlitten hat. Sie waren es, die sich mit allen Mitteln ihrer Macht einer rechtzeitigen **Demokratisierung Deutschlands** entgegenstellten. Sie waren es, die den **Gewaltmenschen Ludendorff** in seiner unheilvollen Politik unterstützten. Sie waren es, die sich freuten über den Ausbruch des Krieges, der so furchtbar den Mittelstand geschädigt und in seinen Grundfesten erschüttert hat. Mit alten Mäxchen der Uebermacht des Großkapitals in der Demokratie glauben sie den Mittelstand einzufangen zu können und verschweigen dabei, daß gerade in ihren Kreisen die **Rüstungsindustrie**, die **Schwerindustrie**, tonangebend und ausschlaggebend sind, auch wenn nach außen der Aufputz etwas anders aussieht. Ohne blühende Industrie kein Gedeihen des Mittelstandes, wer wollte ernstlich die Wichtigkeit dieser Auffassung bestreiten? Die vereinigten Reaktionäre glauben mit rückständigen Phrasen den Mittelstand darüber hinwegtäuschen zu können, daß ihre Kreise es in erster Linie sind, die durch ihre **Blut- und Eisenpolitik** Deutschland und damit auch seinen Mittelstand in diese furchtbare Lage gebracht haben.

Deshalb Handwerker, Kaufleute gebt am 19. Januar nur den Stimmzettel ab für die

Deutsche Demokratische Partei!!

der herrschende
nicht weiter di-
tion gar nichts
er rechtlos und
all den Volks-
gen
Ehne und
ewalt an der
nd in schadele,
freien Bürger-
olk so geküß-
Volksrecht.
chbare Glend,
ein Herrengeist
über den Fein-
pfl mißbraucht,
alk den Forde-
schlägt.
ein, daß Ihr
so vor aller
Männerehrgeiz
er Klassen und
at, Gesetz und
schlechtes selbe:
hl wählen alle
Berufe stehen
recht mit Ab-
ommt.
sung geben:
Partei!
se der
partei?
von sich gewalt-
so die Interrei-
rbativen zu
zur Deutsch-
hen Volks-
tei? —
hischen Sark-
die „echt preu-
n und lamen
en Nationalli-
mann scharte-
ei mit Van-
Bauern ek-
raker und der
bestig und ihre
des Schwart-
e Helfershelfer
lossen für die
Partei!
ung
an hier und
ch mein
t
eifrigstes Be-
Beste zu be-
eschäft.

chreiner.
gold.
gsgeinich
ollspumerei ihr
päter del guter
entischer.



Wähler aufgepaßt!

Die Deutsche demokratische Partei

glaubt „Die berufene Vertreterin des Bürgertums“ zu sein, wird aber, wie nicht anders zu erwarten war,

künftig mit der Sozialdemokratie

in der Landesversammlung zusammenarbeiten!

Damit ist alles gesagt!!

Die Sozialisierung d. h. Vergesellschaftung des Privateigentums in Industrie und Landwirtschaft wird also weiteste Formen annehmen. Der Großgrundbesitz soll wohl an die Gemeinden fallen, merke also Bauer von Berneck und Schwandorf, Du sollst nicht Eigentümer, wie es das Zentrum will, sondern wieder Pächter werden, nur daß Du den Herren wechselst.

Von einer Konfessionsschule will die Sozial- und Demokratie nichts wissen! Das Zentrum vertritt die Interessen aller Stände und Konfessionen.

Darum, christliche Wählerinnen und Wähler, kann es, da die Friedenspartei doch zu keinem Sitz kommt, für morgen nur die eine Wahlparole geben:

Bürgerpartei oder Zentrum!